

FT 95 / 21 - 26

Magistrat der Stadt Rüsselsheim am Main
Büro Stadtverordnetenversammlung
z. Hd. Frau Breunig
Marktplatz 4
65428 Rüsselsheim am Main



Rüsselsheim am Main, den 22.07.2022

Dringlichkeitsantrag der FDP/FW+ Fraktion: Gasversorgung sichern. Versorgungskrise abwenden.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird beauftragt:

- 1) Einen Maßnahmenkatalog zur Einsparung von Gas und Strom im Bereich aller kommunalen Einrichtungen und Betriebe vorzulegen. Gemeinsam mit den Grundversorgern sollen Alternativen zur Nutzung von Gas geprüft und vorbereitet werden.
- 2) Alle relevanten Katastrophenschutzplanungen in Hinblick auf eine Energieversorgungskrise zu aktualisieren und anzupassen. Dabei ist insbesondere sicherzustellen, dass kritische Infrastruktureinrichtungen, soziale Einrichtungen (z.B. Krankenhäuser, Medizinische Versorgungszentren, Arztpraxen, Pflegeheime, ambulante Pflegeeinrichtungen, Schulen, Kindertagesstätten) und systemrelevante Betriebe (z.B. Nahrungsmittelproduktion, Lebensmittelhandel, pharmazeutische Industrie) versorgt werden. In "Stresstests" sollen kritische Versorgungslagen simuliert werden, um Erkenntnisse für Schutz- und Sicherungsmaßnahmen zu gewinnen.
- 3) In Zusammenarbeit mit den Grundversorgern die Bürgerinnen und Bürger regelmäßig über die Versorgungslage zu informieren. Nur wenn alle relevanten Daten und Informationen transparent vorliegen und nachvollziehbar kommuniziert werden, ist ein effizientes Krisenmanagement und freiwilliges Mitwirken aller Bürgerinnen und Bürger möglich.
- 4) In Zusammenarbeit mit der regionalen Wirtschaft und ihren Selbstverwaltungsorganen an der Sicherung der Gasversorgung von energieintensiven Unternehmen mitzuwirken. Die Interessen der mittelständischen Wirtschaft sind dabei besonders zu berücksichtigen. Pauschale Abschaltungen durch Allgemeinverfügungen im Falle einer Ausrufung der Notfallstufe sind zu vermeiden.
- 5) Durch unbürokratisches Handeln an behördlichen Genehmigungen für die Umrüstung von Energieerzeugungsanlagen von Gas auf Öl mitzuwirken.
- 6) Im Haupt- und Finanzausschuss regelmäßig über die Versorgungslage in unserer Stadt zu berichten.

Begründung

Seit Juni liefert Russland nur noch ca. 40 Prozent der vertraglich vereinbarten Mengen an Erdgas. Seitens der Europäischen Kommission und der Bundesregierung bestehen erhebliche Befürchtungen, dass Russland die Lieferung von Erdgas weiter reduziert oder ganz einstellt. Da Gaslieferungen aus Norwegen und den Niederlanden und die geplanten LNG-Kapazitäten nicht ausreichen, um die Versorgung in den Wintermonaten, in denen der Gasverbrauch wetterbedingt drastisch ansteigt, zu sichern, sind umfassende Vorkehrungen

notwendig, die schnellstmöglich ergriffen werden müssen. Den Kommunen kommt in einer Versorgungskrise für die Kommunikation mit den Bürgerinnen und Bürgern eine besondere Bedeutung zu. Als Ordnungs- und Katastrophenschutzbehörden sind sie ebenfalls gefordert, wenn es um die Umsetzung von Maßnahmen geht.



Abdullah Sert
Fraktionsvorsitzender